

## Gekämpft und verloren: das Hildesheimer Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Hartmut Häger

Zum Reichsbannertag am Sonntag, 2. August 1925, scheuten Redaktion und Verlag des sozialdemokratischen Hildesheimer Volksblatts weder Mühen noch Kosten. Sie gönnten der sonst nur schwarz-weiß erscheinenden Zeitung einen vierfarbigen Umschlag und legten bei Auflage kräftig zu. Zur Fahnenweihe des ein Jahr zuvor in Hildesheim gegründeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurden tausende auswärtige Gäste erwartet. Zu ihrer Begrüßung und zur Einstimmung der Einheimischen wehte die schwarz-rot-goldene Fahne auf der Titelseite der Sonderausgabe. Darunter stand das Republikanische Bannerlied „Schwarz-Rot-Gold“, das Karl Bröger dem Reichsbanner gewidmet hatte:

„Schwarz-Rot-Gold ist unser Panier.  
Für diese Farben steh‘n und fallen wir.  
Hoch unsere Fahne,  
Reckt sie in den Wind!  
Alle Welt soll wissen,  
Daß wir ihr verschworen sind.

Wer ein wahrer Mann ist,  
Tritt in Reih‘ und Glied,  
Folgt dieser Fahne,  
Die rauschend vor uns zieht.  
Keiner ist zu wenig,  
Alle müssen‘s sein.  
Brüder, tretet an  
Und schließt die Reih‘n!

Schwarz war die Nacht,  
Aus der die Fahne stammt.  
Rot ist das Blut,  
Das für ihre Farben rann.  
Golden ist die Freiheit,  
Ist Recht und Einigkeit.  
Schwarz-Rot-Gold  
Für jetzt und allezeit.

Schwarz-Rot-Gold ist unser Panier.  
Für diese Farben steh‘n und fallen wir.  
Höher die Fahne!  
Zu ihr jeden Blick!  
Schwarz-Rot-Gold soll wehen  
In der deutschen Republik.“

Der patriotische sozialdemokratische Arbeiterdichter und Weltkriegsversehrte Karl Bröger hatte in Franken das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mitgegründet und schrieb regelmäßig für dessen Zeitung. Im März 1933 wurde er für die SPD in den Nürnberger Stadtrat gewählt und in der Folge von den Nazis von Juni bis September in Dachau interniert. Trotzdem vereinnahmten sie seine Texte und sogar seine Beerdigung 1944 für ihre Zwecke.

Die Sonderausgabe enthielt im Anzeigenteil einen Aufruf des Vorstands des „Republ. Reichsbunds“, der seine Mitglieder aufforderte, „unsere Fahne am Sonntag im Festzuge“ zu begleiten.<sup>1</sup> Der Republikanische Reichsbund war nicht nur in Deutschland, sondern auch in Hildesheim der ältere Bruder des Reichsbanners. Beide entstammten derselben Familie von Menschen, die Demokratie und Republik verteidigten. Zur Gründung des Republikanischen Reichsbunds hatten – als Reaktion auf den Kapp-Putsch und marodierende, mordende Freikorps – 1921 Politiker der Parteien der Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP aufgerufen, darunter aus der SPD der preußische Kultusminister Konrad Haenisch, der spätere Reichspräsident Paul Löbe und der preußische

Innenminister Carl Severing, der spätere Reichstagsabgeordnete und Zentrums-Politiker Friedrich Dessauer, die DDP-Politiker Theodor Heuss, der spätere erste Bundespräsident, oder Ernst Lemmer, der spätere CDU-Bundesminister, sowie weitere Persönlichkeiten wie die politischen Publizisten Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky oder die Pädagogin und Frauenrechtlerin Minna Cauer. Das 1924 als Antwort auf das Krisen- und Putschversuchsjahr 1923 gegründete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold trug bis 1929 den Beinamen „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ und als Männerbund gestartet. Danach nannte es sich „Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner“, um die Zielgruppe zu erweitern.

In Hildesheim lagen die Gründungsdaten nicht so weit auseinander. Die erste öffentliche Werbeveranstaltung für den Deutschen Republikanischen Reichsbund, Ortsgruppe Hildesheim, fand am Freitag, 11. April 1924, im vollbesetzten Saal des Katholischen Vereinshauses statt. Das Referat hielt Landrat Krüger, Linden, der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen. Nach dem Referat erklärten etwa 200 Teilnehmer ihren Beitritt zu der überparteilichen Organisation. Die Anmeldungen nahmen Heinrich Fahrenholz (besoldeter Senator, SPD), Humboldtstraße 14, Fabrikant Hans Stauff (Bürgermeister, DDP; Inhaber der Parfümeriefabrik de Laffolie), Heinrichstraße 16, Hugo Kirchner (ehrenamtlicher Senator, Zentrum), Pfaffenstieg 9, und Kürschnermeister Wilhelm Voßwinkel (SPD), der in der Rathausstraße 16 ein Hut- und Pelzhaus führte, entgegen.

Krüger beklagte, dass zwei Lügen das Volk auseinandertrieben: die Kriegsschuldfrage und die Dolchstoßlüge. „Das sicherste Bollwerk für ein geordnetes Vaterland aber ist unsere Weimarer Verfassung. An ihrer Schaffung haben Angehörige aller Schichten und Stände mitgewirkt. Sie zu schützen, ist mit die größte Aufgabe des deutschen Republikanischen Reichsbundes.“ Er solle dafür sorgen, dass die Kämpfe der politischen Parteien Kämpfe des Geistes werden. Die Jugend sei aufgerufen, die „undeutschen Kämpfe der Zersplitterung und Selbstzerfleischung zu beseitigen“. Senator Kirchner begrüßte den Reichsbund, weil man allzu lange an den Grundfesten der Republik rütteln lassen habe.<sup>2</sup>

Die treibende Kraft war in Hildesheim der am 27. Juli 1880 in Achim geborene Heinrich Fahrenholz. Er war zum 1. Oktober 1914 als Mittelschullehrer zum Andreas-Realgymnasium, dem heutigen Scharnhorstgymnasium, versetzt worden, musste aber vom Beginn bis zum Ende am Ersten Weltkrieg teilnehmen. Bis 1922 unterrichtete er an der Schule, war aber seit 1919 daneben für die SPD unbesoldeter Senator im Magistrat, obwohl er dem Bürgervorsteherkollegium nicht angehörte. Hauptamtlicher Senator wurde er 1922.<sup>3</sup> Bei der Gründungsversammlung am Freitag, 9. Mai 1924, im Weißen Saal der Stadthalle wurde er zum 2. Vorsitzenden gewählt, 1. Vorsitzender wurde der Liberale Stauff, 3. Vorsitzender der Zentrumsmann Kirchner. Nach den Vorstandswahlen sprach Fahrenholz über ein für ihn typisches Thema: „Der demokratische Grundzug in den Reformen des Freiherrn vom Stein“. Beeindruckt schrieb das Volksblatt: „Die Versammlung lauschte andächtig den lehrreichen und interessanten Ausführungen und dankte am Schluß dem Redner durch Beifall. Ähnliche Vorträge sollen des öfteren gehalten werden.“<sup>4</sup> Das geschah dann auch im Reichsbund, im Reichsbanner und in der SPD. Immer verwendeten die Zeitungsberichtersteller anschließend Attribute wie „lehrreich“, „gründlich“ oder „tiefgründig“. Sie charakterisieren Fahrenholz' Ansatz, mit den Mitteln der Aufklärung für den republikanischen Gedanken zu werben. Andere Attribute betreffen seine rhetorischen Qualitäten: Er konnte „fesseln“, sprach „flüssig und verständlich“, „klar und packend“, „schneidig und doch sachlich“. In manchen Veranstaltungsankündigungen lockte der Hinweis, Fahrenholz sei als „glänzender Redner“ bekannt.



Abb. 1: Heinrich Fahrenholz<sup>5</sup>

Am Donnerstag, 12. Juni 1924, berichtete Fahrenholz vom Deutschen Republikanischen Tag in Lehrte. In Hildesheim werde ein solcher Tag im August stattfinden, bei dem die Hildesheimer Ortsgruppe ihre Fahne erhalten solle. Spenden dafür flössen erfreulicherweise reichlich.<sup>6</sup> Am Samstag, 2. August 1924, fand die angekündigte Fahnenweihe statt, am Sonntag, 3. August, der Festball.<sup>7</sup> Rechtzeitig zum Republikanischen Tag erschien das „Republikanische Liederbuch“. Das Volksblatt warb am 2. August 1924 erstmals mit einer etwa 60x60 mm großen Anzeige der Volksbuchhandlung am Marktplatz. Sie machte ohne Nennung des Herausgebers und Verlages auf das „soeben erschienene“ Buch aufmerksam, das zur Feier des Tages 25 Pf. kostete, wobei republikanische Vereinigungen bei Mehrbezug Rabatt erhielten. Ab 9. August konnte man es für 30 Pf. erwerben.<sup>8</sup> Verlegerin der „Sammlung von ernsten und heiteren Liedertexten für vaterländische Feiern und kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den Farben Schwarz-Rot-Gold stattfinden“ war der Verlag der Buchhandlung des Hildesheimer Volksblattes, Herausgeber war Heinrich Fahrenholz. Das Buch erschien 1924<sup>9</sup> und 1925<sup>10</sup> in zwei Auflagen mit 76 bzw. 104 Seiten, die sich inhaltlich stark unterschieden.



Abb. 2: Titelbild der Ausgabe 1925

Mit wenigen Ausnahmen entstammen die Texte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie erinnern an die Befreiungskämpfe gegen Napoleon, an die Erringung der Freiheiten durch die Stein'schen und Hardenberg'schen Reformen, an die demokratische und republikanische Bewegung, die zur Frankfurter Nationalversammlung führte und an die proletarischen Kämpfe mit ihren sozialen Forderungen. Die Bücher enthielten keine Noten. Eine Ausgabe mit Noten für eine Singstimme wurde 1924 angekündigt und 1925 beworben. Offenbar setzte Fahrenholz die Kenntnis der Melodien zu den Texten voraus. Gelegentlich fügte er einen bekannten Titel hinzu, wenn das Lied nach dessen Weise gesungen werden sollte. Dabei unterlegte er oftmals „linke“ Texte mit den Melodien „rechter“ (nationalistischer, monarchistischer, militaristischer, rechts-bündischer, religiöser) Lieder.

Am Montag, 4. August 1924, berichtete das Volksblatt unter der Überschrift „Schwarzrotgoldenes Hildesheim“ von 5.000 Teilnehmern. Hervorgehoben wurde die Gedenkfeier auf dem Ehrenfriedhof mit Pastor Schaumburgs Appell „Nie wieder Krieg!“. Rezitiert wurden Karl Brögers „Abkehr vom Krieg“, Max Barthels „Die Freiheit“, Jürgen Brands (Pseudonym des Bremer Lehrers Emil Sonnemann) Heimatgedicht, Detlev von Liliencrons „Pidder Lüng“ und Étienne-Nicolas Méhuls Hymne. Den ausführlichen Bericht über die einzelnen Abschnitte des „Republikanischen Tages“ überschrieb das Volksblatt mit „Die deutsche Republik marschiert!“ Senator Dr. Clemens Meyenberg (Zentrum) überbrachte im Namen des Oberbürgermeisters Dr. Ernst Ehrlicher und des Magistrats Grußworte. Anlässlich der Fahnenweihe beschloss die Versammlung, Reichspräsident Friedrich Ebert ein Telegramm zu schicken mit dem Wortlaut: „Tausende in Hildesheim versammelte Republikaner entbieten dem Repräsentanten der Deutschen Republik, dem Herrn Reichspräsidenten, anlässlich ihres Deutsch-republikanischen Tages ihre herzlichsten Grüße und geloben, in Treue geeint, mit ganzem Herzblut zu Deutscher Republik zu stehen und für sie zu kämpfen. Deutsch-republikanischer Reichsbund. Stauff. Fahrenholz. Kirchner.“ Wütend reagierte das Volksblatt auf Provokationen „völkisch verseuchter Kriegervereine“, die auf dem Ehrenfriedhof vor der Gedächtnisfeier des Republikanischen Reichsbundes Kränze mit schwarz-weiß-roten Schleifen niedergelegt hatten. Außerdem hätten die Geschäftshäuser am Hohen Weg und in der Almsstraße keinen schwarz-rot-goldenen Flaggenschmuck gezeigt, im Gegensatz zur Wollenweberstraße, Gelber Stern, Süsternstraße, Keßlerstraße und Rathausstraße und zu öffentlichen Gebäuden. „Die Republikaner passen auf, wer von den Geschäftsleuten bei der nächsten Gelegenheit die schwarzweißroten Fahnen flaggt und werden dann ihre Maßnahmen zu treffen wissen“, drohte das Volksblatt.<sup>11</sup>

Die republikanischen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold gegen die preußisch-monarchistischen Farben Schwarz-Weiß-Rot in der Öffentlichkeit durchzusetzen, war das wichtige Anliegen des Reichsbundes. Das war nicht leicht, immerhin konnten sich die Gegner darauf berufen, dass Artikel 3 der Weimarer Reichsverfassung die schwarz-weiß-rote Handelsflagge zuließ, allerdings mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke. Fahrenholz plädierte patriotisch: „Wenn die verfassungsgebende Nationalversammlung 1919 der Republik diese Farben gab, dann doch nur deshalb, weil unsere Vorfahren sich schon darum geschart und unter schwarz-rot-goldenen Fahnen für die Einheit des Deutschen Reiches gekämpft haben.“<sup>12</sup> Vor dem republikanischen Tag bot die Ortsgruppe Hildesheim des Deutsch Republikanischen Reichsbundes die kostenlose Umarbeitung von schwarz-weiß-roten Fahnen in schwarz-rot-goldene an. Am 21. Juli 1924 unterstützte die Volkszeitung den Aufruf im redaktionellen Teil.<sup>13</sup>

Anlässlich des „Frontkämpfertags“ kamen rund 6.000 „Frontkämpfer“ aus der Provinz Hannover, aus Braunschweig und angrenzenden Gebieten am 13. und 14. September 1924 zu einer Art Gegendemonstration nach Hildesheim. Einzelne Straßen hätten den „nun schon allmählich gewöhnten Fahnenschmuck“ Schwarz-Weiß-Rot gezeigt, ärgerte sich das Volksblatt. Immerhin seien die öffentlichen Gebäude mit den Stadt- und Reichsfahnen geschmückt worden. Nur der städtische Milchhof habe im schwarzweißroten Zeichen gestanden. Anders als die Republikverteidiger vom Reichsbund begrüßte der der nationalliberalen DVP angehörende Oberbürgermeister Ehrlicher die „reaktionäre Kampftruppe“ persönlich, noch dazu „im Bratenrock“. „Zum Dank dafür blökten dann auch einzelne Gruppen bei Anblick der Reichsfahne am Rathause Pfui.“<sup>14</sup>

Zu Ehren des verstorbenen Reichsbundgründers Konrad Haenisch, des ersten Volksbildungsministers des Freistaats Preußen, veranstaltete der Deutsche Republikanische Reichsbund am 19. Mai 1925 im großen Saal der Stadthalle eine Abendfeier, der sich eine Gedächtnisfeier zum 50. Todestag Georg Herweghs, „des sturmerprobten Vorkämpfers für die deutsche Republik und deren Farben Schwarz-Rot-Gold“, anschloss. Die Ansprachen hielten Direktor Dr. Koch und Senator Fahrenholz.<sup>15</sup>

1926 bewarb das Hildesheimer Volksblatt das dritte Buch von Heinrich Fahrenholz: „Jeder Republikaner muss dieses Buch besitzen! Im unterzeichneten Verlage ist von dem bestens bekannten Herausgeber des Republikanischen Liederbuches, Heinrich Fahrenholz, erschienen: Für Freiheit und Vaterland. Eine Sammlung vaterländischer Dichtungen aller Zeiten. Das Buch enthält auf 192 Seiten Großoktav 200 Dichtungen republikanisch-vaterländischen Geistes und ist so recht geeignet, ein Hausbuch jedes deutschen Republikaners zu werden. Für die Kameraden vom Reichsbanner bildet das Werk eine unerschöpfliche Fundgrube für Rezitation bei republikanischen Feiern. Preis des Buches, gut kartoniert, 2,50 Mark. Buchhandlung des Hildesheimer Volksblattes.“<sup>16</sup>

Der Titel „Für Freiheit und Vaterland!“ war als Kampfruf gemeint. Er richtete sich gegen die Besetzung beider Begriffe durch die „rechten“ Parteien. Die von Fahrenholz versammelten Dichter stellte er wie eine Ahnenreihe republikanischer und freiheitsliebender Vordenker vor, der älteste, Ulrich von Hutten, steht für die Begründung des Humanismus, die jüngsten, wie Karl Bröger, Bruno Georges, Max Barthel oder Jürgen Brand, verbinden sozialistisches Denken mit patriotischer und republikanischer Gesinnung. Gerade die im ersten Kapitel „Dem Vaterland!“ stehenden Texte sind allerdings im ideologischen Sinne ambivalent und konnten, anders als die aus den Abschnitten „Der Einheitsgedanke“, „Für Schwarz-Rot-Gold.“, „Hoch die Freiheit!“, „Gegen Fürstengewalt!“ und „Vorkämpfer und Märtyrer“ leicht von Nationalisten und Nationalsozialisten missbraucht werden. Mit ihnen zeigte Fahrenholz, dass „Freiheit und Vaterland“ erkämpft werden mussten und deshalb verteidigt werden müssen – nicht gegen äußere Feinde, sondern gegen innere.

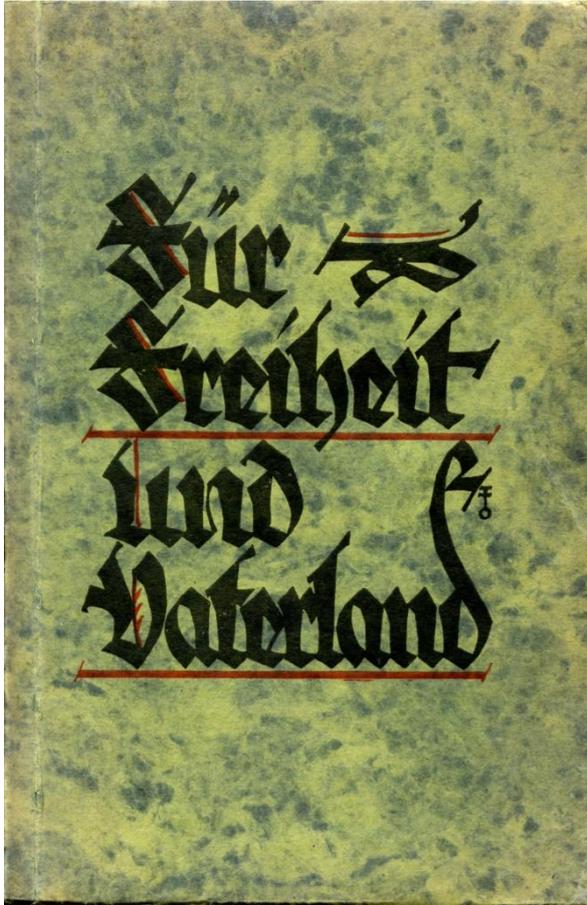


Abb. 3: Titelbild der Anthologie „Für Freiheit und Vaterland“ (1925)

Im Februar 1926 erwähnte das Volksblatt das Fahrenholz-Buch unter den monatlich aufgelisteten Neuerwerbungen die Stadtbücherei.<sup>17</sup> Heute sind nur noch die Liederbücher in der Wissenschaftlichen Bibliothek vorhanden.

Bei der Freiligrath-Gedächtnisfeier des Deutsch-Republicikanischen Reichsbundes im großen Klubzimmer der Stadthalle am Donnerstag, 18. März 1926, zeigte Fahrenholz, wie er sich den praktischen Umgang mit seiner Gedichtsammlung vorstellte. „Gemeinsam gesungene Lieder und stimmungsvoll vorgetragene Gedichte Freiligraths, durch Bundesbruder Senator Fahrenholz, umrahmten die sinnige Feier“, in deren Mittelpunkt die Festrede von „Bundesbruder Oberstudiendirektor Dr. Koch, Hannover“ stand. Eine Sammlung zugunsten des in Armut lebenden Sohnes des Dichters ergab den Betrag von 25 Mark<sup>18</sup>.

Mindestens bis zu dieser Gedächtnisfeier bestanden Reichsbund und Reichsbanner nebeneinander. Zur Feier des „Geburtstags der deutschen Reichsverfassung“ am 11. August 1924 auf dem Berghölzchen hatten die Ortsgruppen des Reichsbanners und des Reichsbundes erstmals gemeinsam aufgerufen.<sup>19</sup> Von einer Verschmelzung ist im Volksblatt bis 1933 nichts zu lesen. Dass der Reichsbund wie im Deutschen Reich bis 1933 bestand, ist für Hildesheim nicht bestätigt. Die Geschichte des Reichsbanners verlief allerdings ähnlich. Den Republikanischen Reichsbund initiierten Menschen, die den Parteien der Weimarer Koalition angehörten. Der Sozialdemokrat Fahrenholz achtete darauf, dass auch die beiden anderen Parteien an der Spitze sichtbar waren, ja, dass ein Liberaler an der Spitze stand. Die Gründung des Hildesheimer Reichsbanners ging dagegen auf einen Beschluss der SPD zurück. Am Freitag, 11. Juli 1924, hatte sie die Parteifunktionäre zu einer „wichtigen Besprechung“ ins Gewerkschaftshaus eingeladen. Einziger Tagesordnungspunkt: Stellungnahme zur Gründung einer Ortsgruppe des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“.<sup>20</sup>

Die Reichsorganisation des Reichsbanners war am 22. Februar 1924 in Magdeburg auf Initiative der SPD, der Deutschen Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei sowie der Gewerkschaften gegründet worden. Achtzig Prozent seiner Mitglieder standen der Sozialdemokratie nahe. Nach links und rechts wurde eine klare Grenze gezogen: „In seine Reihen nimmt der Bund jeden

Kriegsteilnehmer auf, der mit Herz und Hand für die deutsche Republik einzutreten gewillt ist. Kommunisten und Monarchisten haben im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold keine Stätte.“ Das Bundesgebiet gliederte sich in Gaue, in denen die Ortsvereine zusammengefasst waren.<sup>21</sup>

Die ideologische Grenzziehung war eher plakativ. Völkische, chauvinistische oder nationalsozialistische Ideologien wurden nicht ausdrücklich genannt, aber sicher auch gemeint. Der Unvereinbarkeitsbeschluss wirkt wie eine Antwort auf den Kyffhäuser-Bund der Deutschen Landes-Kriegerverbände, der über viele Jahre auch auf die Gesinnung geachtet und Arbeitern, insbesondere aber Sozialdemokraten, die Bezeichnung „Krieger“ nicht zugestanden hatte. Erst am 10. Dezember 1916 beschloss der Hannoversche Provinzial-Kriegerverband, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie nach den im Krieg gemachten Erfahrungen zu ändern. Nun solle auch denen, die sich Sozialdemokraten nannten, der Eintritt in die Kriegervereine gewährt werden, da sie dadurch ja ihre Treue zu Kaiser, Reich und Vaterland bekräftigten.<sup>22</sup> Jetzt bekundeten die Veteranen im Reichsbanner ihre Treue zur Republik, Reich und Vaterland und zur demokratischen Verfassung.

Nachdem die Sozialdemokraten die Treue zum Kaiser 1918 aufgekündigt hatten, war die Gründung einer republikanischen Kriegsteilnehmer-Organisation für Reich und Vaterland nur konsequent. Im Gründungsaufwurf vom 14. Juli 1924 klingt die Verwunderung an, dass es über fünfeinhalb Jahre dauerte, bis sie aus der Taufe gehoben wurde: „Republikaner! Spät, aber nicht zu spät haben die großen Massen der Anhänger der Republik eingesehen, daß der Zusammenschluß aller Republikaner zum Schutze der Republik notwendig ist.“ In Hildesheim wolle man nun auch eine Organisation gründen, „die ein Glied des Reichsbanners ist“. Der Bund werde dem nationalsozialistischen und monarchistischen Demagogentum mit den Mitteln der Aufklärung und Werbung für den republikanischen Gedanken entgegentreten. „Bei allen gewaltsamen Angriffen auf die republikanische Verfassung wird der Bund die republikanischen Behörden in der Abwehr unterstützen und die Gegner der Republik niederkämpfen mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen.“<sup>23</sup>

Zur Gründungsversammlung rief das Hildesheimer Volkblatt per Inserat auf. Sie fand Mittwoch, 16. Juli 1924, im großen festlich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses unter Mitwirkung des Gesangvereins Gleichheit und der Moritzberger Turnerkapelle statt. Neben Sozialdemokraten seien viele Demokraten, Zentrumsangehörige und sonstige Republikaner anwesend gewesen. Unter anderem sagte Johannes Lau, der Leiter des Gaus Hannover: „Die Reichsfahne wird als Judenfetzen bezeichnet. Das soll entehrend wirken. Dabei vergessen diese Lausbuben, daß auch Juden als Kameraden mit in den Weltkrieg gezogen und für ihr deutsches Vaterland gekämpft und geblutet haben.“ 200 Kameraden traten bei, mehr Beitrittserklärungen hatte man nicht parat.<sup>24</sup>

Als die Nazis 1933 auch in Hildesheim die Macht „ergriffen“ hatten, berichtete Oberbürgermeister Dr. Ernst Ehrlicher dem neu eingesetzten Regierungspräsidenten Dr. Heinrich Muhs: „Fahrenholz war nach eigener Angabe (Ziffer 5a und b des Fragebogens) Mitglied

1. der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Mai 1919 bis Mai 1933
2. des Reichsbanners vom Februar 1929 bis Februar 1933.

Der kommunistischen Partei oder der sogen. National-kommunistischen Bewegung (Schwarze Front) hat Fahrenholz nach Auskunft der hiesigen Kriminalabteilung nicht angehört.

Während seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei und zum Reichsbanner ist Fahrenholz wiederholt als Wahlredner aufgetreten. Diese politische Betätigung bietet nicht die Gewähr dafür, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt. Er muß daher m. E. nach § 4 des Gesetzes aus dem Dienst entlassen werden.<sup>25</sup>

Tatsächlich hatte Fahrenholz angegeben, dass er seit Juli 1924 auch dem Reichsbanner angehörte. Er war Gründungsmitglied. Eine Funktion übernahm er im Reichsbanner nicht. Die erste Mitgliederversammlung der Hildesheimer Ortsgruppe des Reichsbanners wählte am 28. August 1924 im großen Saal des Gewerkschaftshauses nur Sozialdemokraten in den Vorstand: 1. Vorsitzender Heinrich Hillebrandt, 2. Vorsitzender Westphal, Schriftführer Wilhelm Voßwinkel, Kassierer Knackstedt.<sup>26</sup> Außer ihnen hatten dem provisorischen Vorstand weitere Sozialdemokraten angehört: Warmbold, Hermann Hillebrandt, Hermann Brunke, Erich Brusckke, Franz Eger und Heinrich Hillebrandt.<sup>27</sup>

Am Republikanischen Tag nahmen am Sonntag, 5. Oktober 1924, in Sarstedt schon 2.000 Reichsbannerleute teil. Es war eine wichtige und feierliche Veranstaltung, denn dort wurde das neue Banner der Sarstedter geweiht. Man sang die dritte Strophe des Deutschlandliedes. „Hierauf ging es zum Ehrenfriedhof, wo Kamerad Fahrenholz-Hildesheim mit sinnigen Worten der im Weltkrieg gefallenen Toten gedachte.“<sup>28</sup>

Gemeinsam stellten sich die Repräsentanten des Reichsbundes, des Reichsbanners, der SPD und des ADGB, gleichsam als Vorwegnahme der „Eisernen Front“, Anfang Februar 1925 einer Versammlung der „vaterländischen und völkischen Verbände Hildesheims“ mit dem Celler Lehrer Helmers als Redner. Provokativ hatten diese insbesondere die Reichsbannerleute eingeladen, „wenn sie wissen wollten, wer die Freunde ihrer Führer seien“. Böcken (SPD), Fahrenholz (Reichsbund), Richter (ADGB) und Hillebrandt (Reichsbanner) ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen. Das Volksblatt lobte: Sie „nannten das völkische Kind beim richtigen Namen. Von ihnen wurde auf die wirkliche Korruption in der Vor- und Nachkriegs- und auch in der Kriegszeit hingewiesen. Hillebrandt wandte sich gegen die Verhöhnung der Reichsbanner-Frontkämpfer, ein Herr Abter verwahrte sich als Jude gegen die Judenhetze.“<sup>29</sup>

Am 15. Juni 1925 bremste der Gauvorstand das überbordende Engagement der Kameraden: „Die Republikanischen Tage und Bannerweihen nahmen wieder überhand! Die Kameraden glauben, daß in ihrem Ort unbedingt einmal ein Aufmarsch des Reichsbanners stattfinden muß, weil es bei ihnen besonders reaktionär ist.“ Damit überforderten sie die Kameraden zeitlich und finanziell. Ohne Genehmigung des Gesamtvorstands seien solche Veranstaltungen untersagt. Genehmigt wurden neunzehn Republikanische Tage und Bannerweihen vom 19. Juli bis 25. Oktober 1925, darunter in Hildesheim am 2. August<sup>30</sup>, von der oben bereits berichtet wurde.

Die enge Verbundenheit Fahrenholz‘ mit dem Reichsbanner belegen seine Auftritte als Redner bei dessen Veranstaltungen. Am Sonntag, 9. August 1925, fand in Bad Grund die Verfassungsfeier statt. Bereits am Vorabend war der Saal des Hotels Kurhaus beim Kommers vollbesetzt. Das Reichsbanner hob hervor, dass „Bürgermeister Kamerad Robbe“ und „Kamerad Senator Fahrenholz“ aus Hildesheim den ganzen Abend anwesend waren. Fahrenholz habe mit dem Vortrag von zwei sehr schönen Gedichten zum Gelingen des Abends beigetragen, auch wurden Lieder gesungen. Der Tag der Verfassungsfeier begann um 6 Uhr mit dem Weckruf des Trommlerkorps. Um zehn Uhr wurden die auswärtigen Gäste empfangen, um zwölf fand ein Promenadenkonzert und um eins die Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal statt. Nach dem Festzug hielt Senator Fahrenholz eine außerordentlich eindrucksvolle Festrede. „Einige fast noch schulpflichtige Jungen mit ‚Hornbrillen‘ versuchten durch Zwischenrufe den Festakt zu stören“, schrieb das Reichsbanner, aber Fahrenholz habe sie so abgefertigt, „daß sie sich hüten werden, das nächste Mal etwas zu sagen.“ Man habe ihnen Elend und Hunger angesehen, aber auch den Totenkopf mit dem roten „W“, den sie stolz an der Brust trugen.<sup>31</sup> Fahrenholz hatte ihnen die Kreuzesworte Jesu zugerufen: ‚Herr vergib ihnen, sie wissen nicht was sie tun.‘ Die Feier ging im Kurhaus mit Konzert und Ball zu Ende. Das Bibelzitat Fahrenholz‘ hatte die jungen Störer vom ‚Wehrwolf‘ nicht beeindruckt. Um Mitternacht setzten sie eine der Ehrenpforten in Brand.<sup>32</sup>

Am Mittwoch, 9. Dezember 1925, sprach Fahrenholz auf einer „großen Protestversammlung“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Hildesheim, im großen Saal des Gewerkschaftshauses gegen die Rückgabe oder Entschädigung des 1919 enteigneten Fürstenvermögens. Er erläuterte die Entstehung des Fürsten- und Kronvermögens und zeigte auf, „wie die Hohenzollern infolge ihrer Macht Staatsvermögen zu Familienvermögen machten“. Die Cumberländer seien völlig verschuldet nach Braunschweig und Hannover gekommen und galten „nach drei Geschlechtern aber schon als reichste Fürsten [...]. Kein Wunder, denn das Volk wurde ausgesogen bis aufs Blut“. Rechtlich sei die Fürstenabfindung Sache der Länder. Aber Fahrenholz forderte: „Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung, die die Lebensfragen des deutschen Volkes in den Vordergrund stellt. Kein Vermögen darf herausgegeben werden.“ Die Versammlung beschloss eine entsprechende Resolution an den Bundesvorstand des Reichsbanners.<sup>33</sup>



Abb. 4: Titel der Illustrierte Reichsbanner Zeitung am 16. Januar 1926<sup>34</sup>

Zum gleichen Thema sprach Fahrenholz auch bei der „Zweiten Kameradschaft“, einer von acht Untergliederungen der Hildesheimer Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, am Sonnabend, 12. Dezember 1925, bei Strusch, Michaelisstraße,<sup>35</sup> und am Sonntag, 24. Januar 1926, in Gronau.<sup>36</sup> Die Mühe war vergeblich. Der mit dem Volksbegehren durchgesetzte Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten am 20. Juni 1926 erreichte nicht die notwendige Zahl von Ja-Stimmen. In der Stadt Hildesheim lag der Anteil der Ja-Stimmen mit 34,4 Prozent noch unter dem Deutschen Reich (36,4 Prozent). Die von allen katholischen Kanzeln verlesene „Kundgebung der deutschen Bischöfe gegen den Volksentscheid“ wird den Misserfolg begünstigt haben.

Die Fahnenweihe der Ortsgruppe Nordstemmen beim Reichsbanner-Bezirkstreffen am Sonntag, 9. Mai 1926, erhielt durch die Flaggenverordnung Hindenburgs eine besondere Brisanz. Gegen den Willen sämtlicher republikanischer Parteien hatte Hindenburg am 5. Mai 1926 eine neue Flaggenverordnung unterzeichnet, nach der gesandtschaftliche und konsularische Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandlungsschiffen angelaufen wurden, neben der schwarz-rot-goldenen Dienstflagge auch die verfassungsmäßige schwarz-weiß-rote Handelsflagge führen mussten. Die oppositionelle sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellte daraufhin einen Misstrauensantrag gegen den parteilosen, der DVP nahestehenden Reichskanzler Hans Luther.<sup>37</sup> Die preußische Regierung bezeichnete die Flaggenverordnung in ihrem Einspruch als verfassungswidrig.<sup>38</sup> Der Reichstag nahm das Misstrauensvotum am 12. Mai mit 176 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 146 Stimmen des Zentrums, der Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung an, Deutschnationale und Völkische enthielten sich.<sup>39</sup> Das Volksblatt erweiterte deshalb

seinen Versammlungsauftritt am 8. Mai um den Hinweis auf die erhöhte Bedeutung der Veranstaltung „durch den Anschlag der Reichsregierung und des Reichspräsidenten auf die republikanischen Reichsfarben“.<sup>40</sup>



Abb. 5: Auch in Hildesheim: Reichsbanner-Protest gegen die Flaggenverordnung auf dem Marktplatz<sup>41</sup>

Bei dem Bezirkstreffen in Nordstemmen hielt der als „Senator“, nicht „Kamerad“, bezeichnete Heinrich Fahrenholz am Nachmittag die Festrede vor der Fahnenweihe. Das Volksblatt fasste sie zusammen: „Ausgehend von den Ereignissen des Jahres 1918, in welchem der Staat der Fürstengewalten zusammenbrach, zeigte der Redner, wie mühelos uns die Republik in den Schoß gefallen (ist). Kein Arm erhob sich, um den alten Staat zu verteidigen. Als etwas Selbstverständliches nahm man die Republik, und niemand dachte an den Ausbau, an die Sicherung dieser Republik. So war es den Gegnern der Republik leicht, zu versuchen, die Republik zu beseitigen. Der erste Anstoß war der Kapp-Putsch, der aber scheiterte. Man versuchte es nun auf eine andere Art, indem man führende Republikaner wie Rathenau, Erzberger u. a. meuchlings mordete. Man brachte es noch fertig, diese Angriffe durch Massendemonstrationen abzuwehren. Dann aber kam die furchtbare Zeit der Inflation mit der Sorge ums tägliche Brot. Kein Führer einer republikanischen Partei erkannte, wie lose der Boden war, auf welchem er stand. Erst durch den Hitlerputsch erkannte man die Notwendigkeit, die Republik zu sichern. So entstanden Massenbewegungen im ganzen Reich, das Reichsbanner wurde ins Leben gerufen und bildet heute die stärkste Stütze des demokratischen Staates. Eingehend befasste sich der Redner dann mit dem neuen Vorstoß der Regierung auf unsere Reichsfarben, und mit der zweiten Auflage der bayrischen Regierung, die nur darauf hinzielt, die Einheit zu zerstören. Daß derartige Angriffe aber möglich sind, ist der allergrößten Lammesgeduld des deutschen Volkes zuzuschreiben, und wenn selbst noch Arbeiter in den Reihen der sogenannten Vaterländischen Verbände stehen, dann ist es erklärlich, weshalb derartige Unverschämtheiten heute noch möglich sind. Wir staatsertreuenden Parteien aber wehren uns gegen den Angriff der Regierung auf unseren Staat. An Hand geschichtlicher Tatsachen zeigt der Redner dann auf, das Schwarz-Rot-Gold viel mehr, und ein viel älteres Recht darauf erheben kann, als Symbol der deutschen Nation zu gelten, als Schwarz-Weiß-Rot. Sodann nahm Kamerad Fahrenholz die Weihe der Nordstemmener Ortsgruppenfahne vor.

Schwarz war die Kerkernacht,  
Rot ist die Sonn erwacht,  
O goldner Freiheitstag  
Sei uns begrüßt.

Das war der Weihespruch, und mit einem Frei-Heil auf die Republik fand die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende.“<sup>42</sup>

Die letzte Rede anlässlich einer Verfassungsfeier und beim Reichsbanner hielt Fahrenholz am Sonnabend, 11. August 1928, in Großrhüden.<sup>43</sup> Allerdings sprach er weiterhin bei SPD-Veranstaltungen, wurde zu Ansprachen am 1. Mai eingeladen, war aber ab 1929 auch als Parlamentarier im Hannoverschen Provinziallandtag gefordert und während der Weltwirtschaftskrise als Sozial- und Wohnungsdezernent mit der Bewältigung ihrer Folgen in Hildesheim.

Bei der Jahreshauptversammlung Ende 1927 rief der als Referent eingeladene Schriftleiter Raloff vom Gauvorstand dazu auf, „aus der Defensive zur Offensive“ überzugehen. Ziel des Reichsbanners sei eine „soziale Republik, in der Monarchisten keinerlei Recht haben, Staatsgewalt auszuüben“. Die Reichsbannerkapelle und das Spielmannskorps umrahmten die Veranstaltung.<sup>44</sup> Die Musikgruppen hatten einen guten Ruf, begleiteten Demonstrationen oder repräsentierten Hildesheim bei auswärtigen Kundgebungen und Festen, so zum Beispiel das Gautreffen am 4. und 5. Oktober 1930 in Lüneburg. Die Hildesheimer Musikanten und Spielleute reisten auf Lastautos an.<sup>45</sup>

| Wahltermin | Wahl            | Wahl beteiligung | SPD             | USP D | KPD          | Zentrum | DHP | DDP | DVP  | DNVP            | NSDAP       | Sonstige* |
|------------|-----------------|------------------|-----------------|-------|--------------|---------|-----|-----|------|-----------------|-------------|-----------|
| 19.05.1928 | Reichstag       | 84,1             | 37,0            |       | 1,8          | 16,0    |     | 5,0 | 20,6 | 8,2             | 2,6         | 6,8       |
| 19.05.1928 | Landtag         | 83,7             | 37,3            |       | 1,9          | 17,7    |     | 4,9 | 20,4 | 8,1             | 2,5         | 7,2       |
| 17.11.1929 | Provinzial      | 73,6             | 32,9            |       | 2,0          | 20,2    | 2,0 | 3,9 | 18,9 | 5,1             | 7,6         | 7,4       |
| 17.11.1929 | Gemeinde        | 75,6             | 30,5            |       | 1,8          | 17,3    |     | 2,9 | 11,6 | 4,4             | 4,2         | 27,3      |
| 14.09.1930 | Reichstag       | 88,2             | 33,3            |       | 3,1          | 18,1    | 1,7 | 3,6 | 11,3 | 4,7             | 18,9        | 5,0       |
| 13.03.1932 | Reichspräsident | 92,8             | Hindenburg 63,5 |       | Thälmann 4,8 |         |     |     |      | Duestenberg 5,9 | Hitler 25,9 |           |
| 10.04.1932 | Reichspräsident | 91,1             | Hindenburg 65,2 |       | Thälmann 3,6 |         |     |     |      |                 | Hitler 31,2 |           |
| 24.04.1932 | Landtag         | 90,9             | 28,4            |       | 4,2          | 18,6    | 0,6 | 1,6 | 6,2  | 5,0             | 32,5        | 2,9       |
| 31.07.1932 | Reichstag       | 90,6             | 30,2            |       | 4,9          | 18,7    | 0,5 | 0,8 | 4,5  | 5,2             | 34,2        | 1,0       |
| 06.11.1932 | Reichstag       | 88,2             | 28,6            |       | 7,6          | 18,1    | 0,9 | 0,6 | 7,9  | 8,5             | 26,8        | 1,0       |
| 05.03.1933 | Reichstag       | 92,1             | 25,9            |       | 5,1          | 17,5    | 0,6 | 0,8 | 4,5  | 7,4             | 37,7        | 0,5       |
| 05.03.1933 | Landtag         | 92,0             | 25,9            |       | 5,1          | 17,6    | 0,7 | 0,8 | 4,6  | 7,2             | 37,4        | 0,7       |
| 12.03.1933 | Provinzial      | 85,4             | 26,3            |       | 3,2          | 17,8    | 1,3 | 0,7 | 5,7  | 6,6             | 38,2        | 0,2       |
| 12.03.1933 | Gemeinde        | 84,7             | 25,7            |       | 3,1          | 16,6    |     | 0,6 | 4,0  | 5,4             | 33,5        | 11,1      |

#### Daten und Ergebnisse der Wahlen 1928 bis 1930 in Hildesheim<sup>46</sup>

Bis zur Gemeindewahl 1929 konnte sich das Reichsbanner der Hoffnung hingeben, die Rechte im Zaum zu halten. Bei der Gemeindewahl am 17. November 1929 kamen die Nationalsozialisten nur auf 4,2 Prozent der Stimmen, die Weimarer Koalition kam auf 50,7 Prozent. Aber die Wirtschaftskrise und die zunehmende Radikalisierung bis hin zur Terrorisierung durch Überfälle und politische Morde schwächten das Vertrauen in die demokratischen Kräfte und stärkten autoritäre Alternativen. Das zeigte sich bei der Jahreshauptversammlung 1930, zu der Hillebrandt im Gewerkschaftshaus auch die Frauen der Kameraden begrüßte. In seinem Vortrag „Reichsbanner und Reichstagswahlen“ erklärte er, das Reichsbanner müsse „jeden Versuch, das Staatssteuern im rechtsradikalen Sinne herumzuschmeißen, mit Energie vereiteln“. Es werde sich besonders den rechtsstehenden Wehrorganisationen und den staatsfeindlichen Parteien widmen. Seine Pflicht sei die Schulung und Aufklärung der Mitgliedschaft, nicht der Saalschutz oder der Faustkampf gegen Nazis. Das Reichsbanner werde all denen Wahlhilfe leisten, die auf dem Boden der sozialen, demokratischen

Republik stünden. Pflicht des Reichsbanners sei, „darüber zu wachen, daß die Verfassung nach Treu und Glauben und nicht nach juristischen Spitzfindigkeiten ausgelegt wird“. Der Reichstag habe die von der Regierung vorgelegten Gesetze nicht beschließen können, woraufhin die Regierung sie durch Verordnung in Kraft setzte. Das Reichsbanner müsse dafür sorgen, dass der alte Zustand wiederhergestellt werde. Die politische, militärische und wirtschaftliche Reaktion sei auf dem Marsch. Dagegen müsse die Reichstagswahl eine Mehrheit der Parteien bringen, die in der Lage sind, die Form der Republik mit Inhalt zu füllen, und eine Koalition zum Segen des deutschen Volkes bilden können.<sup>47</sup>

Zur „amtlichen Verfassungsfeier“ in den Stadthallen-Sälen, Neue Straße 21, und zur anschließenden republikanischen Kundgebung des Reichsbanners und des ADGB sprach Minister a. D. Kamerad Karl Severing. Gleich nach 19 Uhr musste die Stadthalle wegen Überfüllung geschlossen werden. Severing kam um 19.30 Uhr in Begleitung des Regierungspräsidenten. Der Katholische Männer-Gesangverein leitete die Versammlung ein, es folgte der Prolog „Arbeit“, vorgetragen von einem Primaner. Severing erinnerte an die Leistung der Regierungen, das deutsche Volk aus der Zeit des Niedergangs durch das Versailler Diktat herausgeführt zu haben. Es sei „eitel Unsinn [...], „die heutigen Zustände auf die demokratische Verfassung zurückzuführen“. Die Versammlung sang zum Abschluss die erste und dritte Strophe des Deutschlandliedes.

Wegen des schlechten Wetters war die nachfolgende Kundgebung von der Steingrube in die Ausstellungshalle, Schützenwiese 23 A, verlegt worden. Über tausend Menschen marschierten von der Stadthalle dorthin, begleitet von der Kapelle, Reichsbannerformationen und tausenden „Zivilisten“. Sie konnten allerdings nicht in der Halle an der Veranstaltung teilnehmen, weil sie schon lange vorher von anderen Tausenden besetzt war. Lautsprecherwagen waren von der Steingrube hergeholt worden, so dass Hillebrandt im Garten eine Parallelveranstaltung abhalten konnte. Beide Kundgebungen wurden von der Polizei wegen Überfüllung geschlossen, weswegen sich Heinrich Hillebrandt und Erich Brusckke mit einem öffentlichen Appell an diejenigen wandten, die keinen Einlass erhalten hatten. Die gewaltige Kundgebung lasse froh in die Zukunft schauen.<sup>48</sup>

Den Frohsinn wird das Ergebnis der Reichstagswahl am 14. September 1930 getrübt haben. Gegenüber der Reichstagswahl 1928 verlor die SPD 3,7 Prozent, das Zentrum gewann 2,1, die DDP verlor 1,4. Dem Verlust der Republikverteidiger von 3 Prozent, die immerhin insgesamt mit 55 Prozent die Mehrheit der Stimmen erhielt, stand plötzlich der Zuwachs von 2,6 auf 18,9 Prozent der NSDAP gegenüber, der ärgsten Feindin der Weimarer Republik.

1931 gehörten dem Reichsbanner 1.136 Mitglieder an. In der Vorstandssitzung wurde von zahlreichen Neueintritten berichtet. 1. Vorsitzender wurde wieder Heinrich Hillebrandt, 2. Vorsitzender Erich Brusckke, 1. Kassierer Schick, 2. Kassierer Albert Schaare, 1. Schriftführer Hermann Brunke, 2. Schriftführer Karl Kentrath, Beisitzer Rohde und Volkmann, Revisoren Nordström und Schröter. Schutzformation Ernst. Sportler und Jugend Hermann Hillebrandt. Gesamte technische Leitung Voßwinkel.<sup>49</sup> Viele der genannten hatten 1924 bei der Gründung mitgewirkt und schon dem ersten Vorstand angehört.

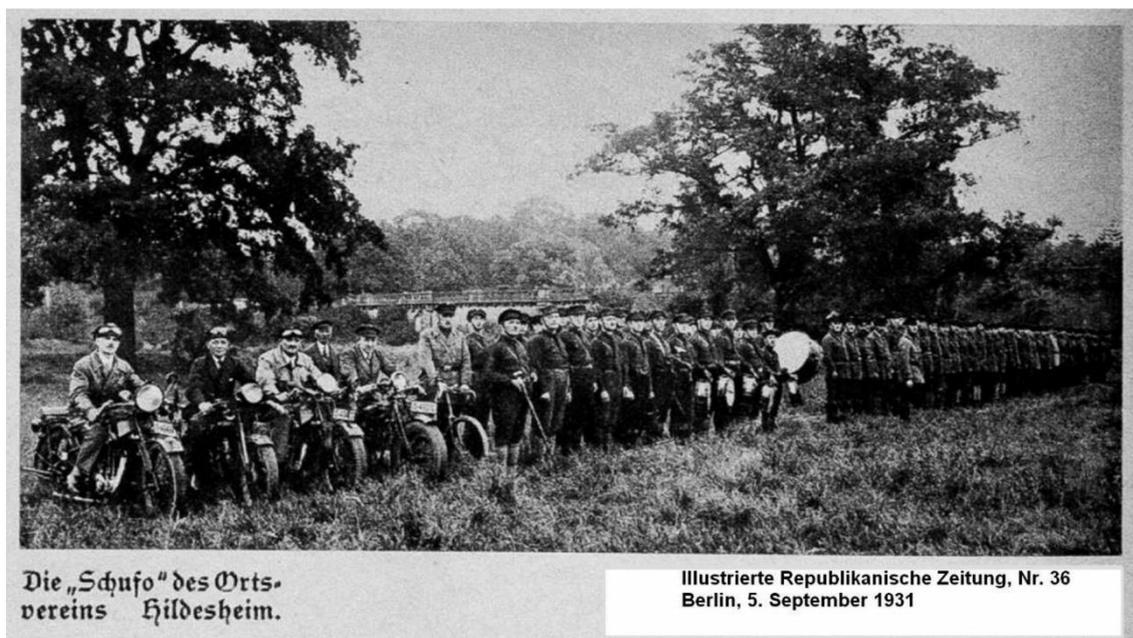


Abb. 6: Die Schutzformation des Reichsbanners Hildesheim<sup>50</sup>

Die Kundgebung des Reichsbanners am 21. Januar 1931 in der Stadthalle war der Auftakt zu einer Vielzahl ähnlicher Veranstaltungen. Am 12. März rief der Allgemeine Deutsche Beamtenbund zur Kundgebung auf. Zehn Tage später sprach der SPD-Landtagsabgeordnete Nölting vor 3.000 Hildesheimerinnen und Hildesheimern. Sein Thema: „Blick ins Dritte Reich“. Der Internationale Frauentag im März stand unter der Parole: „Gegen Naziterror und Krieg – Für Frieden und Sozialismus!“ Ende Mai berichtete ein italienischer Sozialist über die faschistische Wirklichkeit im Lande der Mussolini-Diktatur.<sup>51</sup>

Am Freitag, 6. November 1931, hatte der Vorstand zur Hauptversammlung in das Gewerkschaftshaus eingeladen. Der große Saal war überfüllt. Unter Punkt 1 erfolgte die feierliche Übergabe der 1848er Fahne des Hildesheimer Arbeitervereins an das Hildesheimer Reichsbanner. Die Versammlung diskutierte lebhaft das Demonstrationsverbot in Preußen und nahm einstimmig diese Entschließung an: „Die in Hildesheim im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagende Hauptversammlung der Ortsgruppe Hildesheim des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, hinter der mehr als 1.200 aktive Reichsbannerkameraden stehen, ersucht den Bundesvorstand, alle Schritte zu unternehmen, um die faschistische Gefahr zu bannen. Die Kameraden geloben dem Bundesvorstand, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den Staat und seine Verfassung zu schützen. Sie sind gewillt, wenn der Bundesvorstand ruft, unter Einsatz ihres eignen Lebens gegen die Feinde der deutschen Republik zu marschieren. Sie bitten den Bundesvorstand aber auch, flammenden Protest einzulegen gegen das generelle Demonstrationsverbot der preußischen Regierung. Die Reichsbannerkameraden sind einmütig der Auffassung, daß dieses Verbot, wenn auch vielleicht nicht so gemeint, in erster Linie die Formationen des Reichsbanners trifft. Es kann aber nicht im Sinne einer solchen Notverordnung liegen, die unbedingten Bejager des heutigen Staatswesens, die sich zum Schutz des Staates zusammengeschlossen haben, in ihrem Abwehrkampf gegen die Feinde des Staates zu lähmen. Es muß daher gefordert werden: Sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbots, evtl.

Ausführungsbestimmungen, die es den republikanischen Organisationen ermöglichen, zu marschieren. Der Bundesvorstand möge aber auch dem preußischen Innenminister, dem Kameraden Severing, mitteilen, daß das Reichsbanner sich in der Stunde höchster Gefahr zur Verfügung stellt. Alle Kameraden sind sich bewußt, daß von Deutschland nur Schweres ferngehalten werden kann, wenn mit straffer Hand die Zügel des Staatswagens geführt werden. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Unsre Kameraden geloben, wenn der Bundesvorstand ruft, sich in freiwilliger Disziplin unterzuordnen und allen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten und im Kampfe gegen die faschistischen Mordbanditen nicht zu erlahmen.“<sup>52</sup>

Am 13. November 1931 hatte die Sportabteilung und das Jungreichsbanner der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu einer Werbeversammlung mit Lichtbildern eingeladen.

Gaujugendführer, Kamerad Ernst (Hannover), erklärte den Erfolg der Nationalsozialisten mit dem wirtschaftlichen Niedergang. „Die Erfahrung aus früheren Ereignissen lehrt, daß mit dem Moment, wo die Wirtschaftskrise beseitigt ist auch die radikale Bewegung ihren Niedergang wieder erlebt.“<sup>53</sup>

Kurz darauf füllte eine Kundgebung des Reichsbanners in der Stadthalle beide Säle, um „Abrechnung zu halten mit den Vorgängen in Harzburg und Braunschweig“. In Braunschweig war der Nationalsozialist Dietrich Klagges am 15. September 1931 Innenminister des Freistaates Braunschweig geworden. Gausekretär Kamerad Lehnig (Braunschweig) berichtete von gewaltsamen Übergriffen unter Klagges' Vorgänger, Anton Franzen, und Klagges: „In Dankelsheim hat der Naziabgeordnete Schneider der SA. den Befehl gegeben, den Kameraden Reinowski niederzuschlagen. In Ippensen wurde der Kamerad Brandes auf Befehl Schneiders niedergeschlagen. Zwei Straßen-Versammlungen in Braunschweig sind von den Nazis mit Tränengas gestört worden. Auch die v.-Mücke-Versammlung hat man versucht mit Tränengas zu stören. In Blankenburg wurden SAJ.-Bündler und Kinderfreunde von nationalsozialistischen Schülern so geschlagen, daß sie ins Krankenhaus mußten. Obwohl wir den Anführer der Nazibände, einen ehemaligen Zuchthäusler, genannt haben, ist gegen diese nichts unternommen. Franzens Rücktritt ist erfolgt, weil der Heldenvater Rust sich anmaßte, den Minister zu überwachen, und weil gegen den Minister von den Nazis der Vorwurf erhoben wurde, nicht genügend Staatsgelder für die SA.-Truppen locker zu machen.“ Beim „Braunschweiger Mordsonntag“ schlug die „Berliner Mordstaffel 33“ in der Langen Straße wahllos auf Passanten ein, kippte Kinderwagen um und schleifte Frauen an den Haaren. In den Feldflaschen steckten Dolche, die beim Überfall auf das kommunistische Parteibüro eingesetzt wurden. Zwei Arbeiter wurden niedergeschlagen und erstochen. „Nicht weniger als 2 Tote, 86 Schwerverletzte und 250 Leichtverletzte sind das Resultat der Braunschweiger Nazitagung; Hunderte von Fensterscheiben sind eingeworfen und ganze Wohnungseinrichtungen demoliert worden. Die Häuser von Sozialdemokraten wurden in der Nacht zum Sonntag mit roter Oelfarbe gekennzeichnet, damit sie am andern Tage gestürmt werden konnten.“<sup>54</sup>

Bei der Landtagswahl am 24. April 1932 überflügelte die NSDAP erstmals die SPD. In Preußen verlor die Weimarer Koalition ihre Mehrheit, die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun mit dem Innenminister Carl Severing blieb aber im Einklang mit der Verfassung geschäftsführend im Amt. Mit dem „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932 ersetzte sie Reichskanzler Franz von Papen durch Notverordnung durch den Reichswehrminister als Reichskommissar. Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 verlor die NSDAP 7,4 Prozent und fiel wieder hinter die SPD zurück, die allerdings 1,6 Prozent einbüßte. Die Republikaner schöpften wieder Hoffnung.

„Am 15. Januar 1933 zog die gesamte Ortsgruppe mit Spielmannszug und Reichsbannerkapelle mit einem Werbemarsch durch die Stadt. Hervorgehoben wurde das exakte Auftreten der Schufo, „mit Recht der Stolz der Hildesheimer Arbeiterschaft“. Die Wahlen der vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass am Ort kein Schritt Boden verloren wurde. Am 22. Januar nahmen 60 Kameraden der Radfahrerabteilung am Aufmarsch der Peiner Ortsgruppe teil – bei 10 Grad Kälte und eisigem Wind. Auch der Spielmannszug wirkte in Peine mit.“<sup>55</sup>

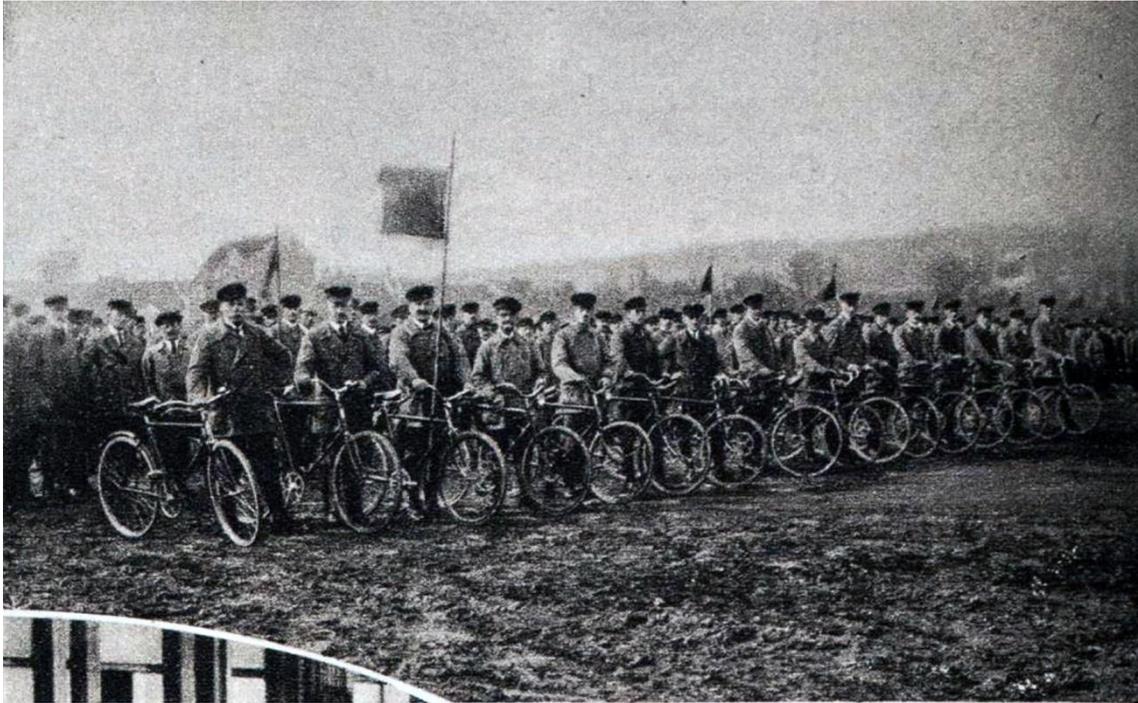


Abb. 7: Radfahrerabteilung des Reichsbanners<sup>56</sup>

Nachdem am 30. Januar 1933 Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden war, lieferten sich in Hildesheim 600 uniformierte Parteimitglieder bei ihrem Fackelzug durch Hildesheim am 31. Januar in der Steuerwalder Straße mit Reichsbannerleuten eine Schlägerei, bei der es zu Personen- und Sachschäden kam. Das Verhalten der Polizei bei diesem Zusammenstoß wurde im Hildesheimer Volksblatt scharf kritisiert.<sup>57</sup>

Am späten Abend des Kommunalwahlsonntags am 12. März 1933 kam es vor dem Gewerkschaftshaus erneut zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannermitgliedern. Behauptet wurde, Reichsbannerleute hätten einen Buchhalter und NSDAP-Mitglied „angepöbel“ und „blutig geschlagen“. Die Polizei nahm einen Arbeiter und Mitglied des Reichsbanners „wegen der Schlägerei vor dem Gewerkschaftshause“ fest. Weil „ernst zu nehmende Gerüchte auftauchten, dass im Gewerkschaftshaus Waffen versteckt würden“, besetzte die Polizei das Gewerkschaftshaus in der Goschenstraße, das Gebäude des Konsumvereins in der Braunschweiger Straße sowie des Volksblatts in der Wilhelmstraße und durchsuchte sie am Montag, ohne etwas zu finden. Die HAZ berichtete, dass man nicht mehr eindeutig feststellen konnte, ob dieser Zwischenfall von den Nationalsozialisten provoziert oder inszeniert worden war, es sei aber anzunehmen, dass diese die Urheber des „Gerüchts“ über das Waffenlager waren.<sup>58</sup>

Bei dem dritten Überfall, der sich am Dienstag, 4. April, einen Tag nach der ersten Bürgervorsteherkollegiumssitzung, im Gewerkschaftshaus ereignete, sorgte der damalige „starke Mann“, Staatskommissar und Polizeisenator Heinrich Schmidt, dafür, dass die Polizei nicht eingriff. In Begleitung von fünfzig SA-Leuten suchte Schmidt die Volksblatt-Redakteure Erich Brusckke und Moltke Nordström, die den Goslarer Redakteur Pasch versteckt haben sollten. Von einer der Ehefrauen erfuhren sie, dass an diesem Abend eine Sitzung des Reichsbanners im Gewerkschaftshaus stattfände, an der auch die Redakteure teilnehmen würden. Der Vorsitzende Heinrich Hillebrandt hatte die etwa fünfzig „Kameradschafts- und Gruppenführer Schwarz-Rot Gold“ eingeladen, um die Auflösung der Hildesheimer Ortsgruppe des Reichsbanners beschließen zu lassen. Erich Brusckke berichtete gerade über die Zerschlagung des Reichsbanners durch die NSDAP in Braunschweig, als Schmidt zusammen mit den Goslarer SA-Leuten und einem Kriminalbeamten in die Sitzung im oberen Saal des Gewerkschaftshauses eindrang. Schmidt erklärte die Versammlung zunächst für aufgelöst, nahm die Anweisung aber zurück, weil Hillebrandt darauf hinwies, dass die Organisation noch nicht verboten sei und freiwillig aufgelöst werden solle. Schmidt ließ einen Polizeibeamten als Beobachter zurück und nahm die Redakteure Moltke Nordström und Erich Brusckke zum Polizeirevier mit. Nach einer Weile kehrte Schmidt in Begleitung von sechs Polizeibeamten sowie

mehreren SS- und SA-Leuten zurück, aber ohne Brusckke und Nordström. Er ordnete an, dass niemand den Saal verlassen dürfe. Nach Überprüfung der Personalien konnte dann doch etwa die Hälfte der Anwesenden gehen, weil sie am nächsten Tag früh zur Arbeit gehen mussten. Dann betraten mehrere SS-Leute den Saal, die zur Verstärkung aus umliegenden Ortschaften mit Lastwagen nach Hildesheim transportiert worden waren. Die SS-Männer im Saal bildeten eine Kette, um die Reichsbannerleute an eine Wand zu drängen. Die Gefangenen mussten nun in einer Reihe Aufstellung nehmen. Während Rottenführer Max Dorn gleich auf einen Versammlungsteilnehmer einschlug, befahl Scharführer Gustav Meyer, zuerst „anständige Leute“ aus der Reihe zu holen, die den Saal verlassen durften. Jedes der jetzt noch anwesenden 20 Reichsbannermitglieder wurde nun einzeln von Dorn aus der Reihe genommen und von mehreren SS-Männern mit Gummiknüppeln verprügelt. Jedes schwer verletzte Opfer wurde aus dem Saal gebracht, die Treppe hinunter gestoßen und von unten wartenden SS-Männern geprügelt. Das wiederholte sich ein drittes Mal auf der Straße. Als letzter blieb Heinrich Hillebrandt schwer verletzt und blutend im Sitzungssaal zurück. Die „Aktion“ dauert bis 3 Uhr, das Lokal im Gewerkschaftshaus wurde für 5 Wochen geschlossen.

Das Reichsbanner hatte den Kampf um die demokratische, rechtsstaatliche Republik in Hildesheim und im Deutschen Reich verloren. Der 62-jährige Heinrich Frömke, Rentner und Reichsbannermitglied, war das erste Todesopfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Hildesheim.<sup>59</sup> Er erlag am 24. April 1933 um 17.30 Uhr im Krankenhaus, Weinberg 1, seinen Verletzungen.<sup>60</sup> An der Stelle seiner damaligen Wohnung, Marktstraße 25, heute gegenüber von Marktstraße 18 im Zugang zur Lilie, wurde am 30. November 2020 ein Stolperstein für ihn verlegt. Der DGB, Region Niedersachsen-Mitte, übernahm für ihn die Patenschaft.



Abb.8: Stolperstein für Heinrich Frömke<sup>61</sup>

Im Frühjahr 1947 wurde gegen einen Kern von zwölf Haupttätern Anklage erhoben, nachdem das Verfahren gegen 32 Angeklagte zuvor eingestellt worden war. Verhandelt wurde gegen Heinrich Schmidt, die ehemaligen SA-Angehörigen Wilhelm Wiedemeier und Adolf Ahrens und die ehemaligen SS-Mitglieder Max Dorn, Dr. Fritz Pilz, Paul Müller, Hermann Oberbeck, Hugo Aselmeyer, Karl Besser, Albert Deinert, Fitz Ochsendorf und August Kühne. Besser wurde freigesprochen, weil ihm keine Schuld nachzuweisen war. Die geringste Haftstrafe betrug 9 Monate, die höchste hatte Schmidt als Verantwortlicher der Aktion mit 6 Jahren zu verbüßen, gefolgt von Dorn als Haupttäter mit 4 ½ Jahren.<sup>62</sup>

<sup>1</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 177, 7. Jg., 1.8.1925.

<sup>2</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 88, 6. Jg., 12.4.1924.

- 
- <sup>3</sup> Hartmut Häger, Heinrich Fahrenholz – ein (un)vergessener Senator der Stadt Hildesheim von 1919 bis 1933. In: Hildesheimer Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim, Band 88/89, 2016/2017. Hildesheim 2019, S. 183–272.
- <sup>4</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 107, 6. Jg., 8.5.1924, Bericht am 10.5.1924.
- <sup>5</sup> Karlheinz Gerhold, Läuseforscher – Landrat – Lebemann: Heinrich Fahrenholz: Ein interessanter Achimer, Achimer Geschichts-Hefte, Regionalhistorisches Magazin der Geschichtswerkstatt Achim, Jubiläumsheft 10, Dezember 1997, S. 3–28.
- <sup>6</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 136, 6. Jg., 13.6.1924.
- <sup>7</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 178, 6. Jg., 1.8.1924.
- <sup>8</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 179, 6. Jg., 2.8.1924.
- <sup>9</sup> StadtA Hi Nr. 15037.
- <sup>10</sup> StadtA Hi Nr. 15038.
- <sup>11</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 180, 6. Jg., 4.8.1924.
- <sup>12</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 160, 6. Jg., 11.7.1924.
- <sup>13</sup> Inserat „Fahrentausch!“ in Hildesheimer Volksblatt, Nr. 167, 6. Jg., 19.7.1924.
- <sup>14</sup> Hildesheimer Volksblatt, 216, 6. Jg., 15.9.1924.
- <sup>15</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 113, 7. Jg., 16.5.1925.
- <sup>16</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 8, 8. Jg., 27.1.1926, erneut in Volksblatt Nr. 45 v. 23.2.1926 und im Volksblatt Nr. 185, 8. Jg., 11.8.1926, zum Verfassungstag.
- <sup>17</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 63, 8. Jg., 16.3.1926.
- <sup>18</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 66, 8. Jg., 19.3.1926.
- <sup>19</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 186, 6. Jg., 11.8.1924.
- <sup>20</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 158, 6. Jg., 9.7.1924.
- <sup>21</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 71, 6. Jg., 24.3.1924.
- <sup>22</sup> Hildesheimer Zeitung v. 12.12.1916.
- <sup>23</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 162, 6. Jg., 14.7.1924.
- <sup>24</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 165, 6. Jg., 17.7.1924.
- <sup>25</sup> StadtA Hi Best. 102 Nr. 11178.
- <sup>26</sup> Hildesheimer Volksblatt, 29.8.1924.
- <sup>27</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 173, 6. Jg., 26.7.1924.
- <sup>28</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 234, 6. Jg., 6.10.1924.
- <sup>29</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 29, 7. Jg., 4.2.1925.
- <sup>30</sup> Das Reichsbanner, 16.6.1925, Gaubeilage.
- <sup>31</sup> Zeichen des Wehrwolfs. Bund deutscher Männer und Frontkrieger. Er war ein nationalistischer und republikfeindlicher, paramilitärischer Wehrverband in der Weimarer Republik. Er bestand vorwiegend aus Freikorps-Mitgliedern und Offizieren niederer Dienstgrade. Zu seinen Hochzeiten von 1924 bis 1929 hatte er etwa 30.000 bis 40.000 Mitglieder. [https://de.wikipedia.org/wiki/Wehrwolf\\_\(Wehrverband\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wehrwolf_(Wehrverband)); Zugriff: 14.4.2024.
- <sup>32</sup> Das Reichsbanner, 1.9.1925, Gaubeilage.
- <sup>33</sup> Ankündigung im Hildesheimer Volksblatt, Nr. 286, 7. Jg., 8.12.1925. Bericht am 10. Dezember (Nr. 288).
- <sup>34</sup> Ralf Hermes, Quellendokumente zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Hildesheim, <https://republikpolizei.de/archive/15827>; Zugriff: 18.4.2024.
- <sup>35</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 289, 7. Jg., 11.12.1925.
- <sup>36</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 23, 8. Jg., 28.1.1926.
- <sup>37</sup> Hildesheimer Volksblatt, v. 6. und 7. Mai 1926, Nr. 104 und 105.
- <sup>38</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 108, 8. Jg., 11.5.1926.
- <sup>39</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 110, 8. Jg., 14.5.1926.
- <sup>40</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 103, 8. Jg., 5.5.1926.
- <sup>41</sup> Illustrierte Reichsbanner Zeitung, 5.6.1926; aus: Ralf Hermes, Quellendokumente zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Hildesheim, <https://republikpolizei.de/archive/15827>; Zugriff: 18.4.2024.
- <sup>42</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 108, 8. Jg., 11.5.1926.
- <sup>43</sup> Hildesheimer Volksblatt, Nr. 192, 10. Jg., 17.8.1928.
- <sup>44</sup> Das Reichsbanner, 1.1.1928.
- <sup>45</sup> Das Reichsbanner, 23.8.1930.
- <sup>46</sup> Anton Josef Knott, Das Wahlverhalten der Hildesheimer in der Zeit von Bismarck bis Hitler. 1867–1933. Hildesheim 1980. S. 45. Reichspräsidentenwahlen aus Wichard, Anm. 145, S.115 und 122. Alle Ergebnisse in Prozent der gültigen Stimmen.
- <sup>47</sup> Das Reichsbanner, 23.8.1930.

---

<sup>48</sup> Das Reichsbanner, 20.9.1930.

<sup>49</sup> Das Reichsbanner, 7.3.1931.

<sup>50</sup> Illustrierte Reichsbanner Zeitung, 5.9.1931; aus: Ralf Hermes, Quellendokumente zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Hildesheim, <https://republikpolizei.de/archive/15827>; Zugriff: 18.4.2024..

<sup>51</sup> Hans Teich, Hildesheim und seine Antifaschisten. Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus und demokratischer Neubeginn 1945 in Hildesheim. Hildesheim 1979, S. 15–16.

<sup>52</sup> Das Reichsbanner, 12.12.1931.

<sup>53</sup> Das Reichsbanner, 25.11.1931.

<sup>54</sup> Das Reichsbanner, 28.11.1931.

<sup>55</sup> Das Reichsbanner, 28.2.1933.

<sup>56</sup> Illustrierte Reichsbanner Zeitung, 23.1.1926; aus: Ralf Hermes, Quellendokumente zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Hildesheim, <https://republikpolizei.de/archive/15827>; Zugriff: 18.4.2024.

<sup>57</sup> Tobias Deterding, Die NSDAP in Hildesheim. Marburg 2005, S. 68.

<sup>58</sup> Tobias Deterding, Die NSDAP in Hildesheim. Marburg 2005, S. 75.

<sup>59</sup> Tobias Deterding, Die NSDAP in Hildesheim. Marburg 2005, S. 76, 79–81.

<sup>60</sup> StadtA HI Bestand 60 Nr. S 115.

<sup>61</sup> Foto: Hartmut Häger

<sup>62</sup> Tobias Deterding, Die NSDAP in Hildesheim. Marburg 2005, S. 82